

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

10. – 16. Januar 2026

Am Mittwoch, dem 14. Januar, hat die französische Nationalversammlung zwei Misstrauensanträge gegen die Regierung von Premierminister Sébastien Lecornu abgelehnt. Eingbracht wurden sie von der linkspopulistischen *La France insoumise (LFI)* und dem rechtspopulistischen *Rassemblement national (RN)*. Mit den Anträgen sollte einerseits die Position der Regierung zum Mercosur-Abkommen und andererseits die Politik der Exekutive grundsätzlich infrage gestellt werden. Die Vorsitzende der LFI-Fraktion, Mathilde Panot, reagierte scharf auf das Scheitern des Antrags. Sie machte die Abgeordneten der Sozialistischen Partei, und der *Droite Républicaine* sowie der Präsidentenmehrheit für den Ausgang der Abstimmung verantwortlich. Der RN erklärte seinerseits, er habe mit dem Misstrauensantrag den Sturz der Regierung herbeiführen wollen, um Neuwahlen zur Nationalversammlung zu ermöglichen. Im Vorfeld der Abstimmung hatten beide Oppositionsparteien der Regierung widersprüchliche Aussagen zum Mercosur-Abkommen vorgeworfen. Premierminister Lecornu wies diese Kritik zurück und warf den Antragstellern vor, in einem von internationalen Spannungen geprägten Umfeld verantwortungslos zu handeln und die Handlungsfähigkeit der Regierung zu untergraben. Tatsache ist, dass Frankreich dem Mercosur-Abkommen nicht zugestimmt hat. Zuvor gab es landesweit heftige Demonstrationen von Bauern gegen das Abkommen.

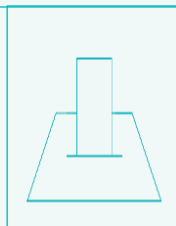
Die französische Regierung hat am 15. Januar die Debatten über den Staatshaushalt für das Jahr 2026 ausgesetzt. Sie gab zu, dass eine Einigung nicht in Reichweite scheint. Die für den heutigen Freitag und den kommenden Montag geplanten Debatten entfallen und erst am Dienstag soll wieder diskutiert werden. In dieser Zeit hofft Premierminister Sébastien Lecornu, einen Kompromisshaushalt zu finden, den er anschließend ohne Abstimmung durchsetzen will – entweder per Verordnung oder mithilfe von Artikel 49.3 der Verfassung. Der Rückgriff auf Artikel 49.3 würde es erlauben, den Haushalt ohne Parlamentsabstimmung zu verabschieden. Allerdings würde Lecornu damit sein zentrales Versprechen brechen, diesen Artikel nicht zu nutzen, das er bei seiner Regierungserklärung abgegeben hatte, um insbesondere die Sozialisten einzubinden. Jede Nutzung des Artikels 49.3 würde zudem die Möglichkeit von Misstrauensvoten nach sich ziehen. Die Regierung könnte wegen Fristablauf (70 Tage nach dem die Regierung Mitte Oktober den Haushaltsentwurf eingebracht hatte) den Haushalt per Verordnung verabschieden – ein verfassungsrechtlich mögliches, aber historisch beispielloses Vorgehen. Unklar ist, welche Textfassung gilt (der Entwurf der Regierung oder die modifizierte Version des Senats). Politisch riskant: Ein Misstrauensvotum droht. Fiele die Regierung dadurch, bliebe der per Verordnung erlassene Haushalt dennoch bestehen. Frankreich steht finanziell unter Druck: nach Schätzungen (der abschließende Bericht des Statistikamts kommt im Frühjahr 2026) lag das Haushaltsdefizit für 2025 bei 5,4 % des BIP. Für 2026 strebt die Regierung eine Senkung auf 5 % an. Der Senat verabschiedete einen Entwurf mit 5,3 %, der derzeit Grundlage der blockierten Beratungen ist. Unterdessen warnt der Gouverneur der französischen Zentralbank, François Villeroy de Galhau, dass ein Defizit von über 5 % Frankreich in eine „Gefahrenzone“ bringen würde. Zudem könnten politische Unsicherheiten das erwartete Wachstum von 0,9 % im Jahr 2026 belasten.

Am 15. Januar 2026 hielt Präsident Emmanuel Macron seine traditionelle Neujahrsansprache an die französischen Streitkräfte auf der Luftwaffenbasis Istres nahe Marseille. Angesichts anhaltender geopolitischer Spannungen unterstrich er den Bedarf eines beschleunigten militärischen Wiederaufbaus. Er hob hervor, dass Frankreich 2018 formulierte Ziel erreicht habe, bis 2025 zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. Macron forderte die französische Rüstungsindustrie auf, schneller und effizienter zu produzieren, um den wachsenden Bedarf der Streitkräfte zu decken. Er warnte davor, die Armee als „garantierten Markt“ zu betrachten, und drohte, bei Verzögerungen auf europäische Anbieter auszuweichen. Zudem betonte er die Notwendigkeit, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Produktionskapazität insbesondere in Schlüsselbereichen wie Luftverteidigung und Raketen zu stärken. Macron bestätigte zudem die Entsendung von weiteren französischen Soldaten nach Grönland (Stand heute sind ca. 15 Soldaten in Nuuk stationiert) im Rahmen der von Dänemark geführten Militärübung „Arctic Endurance“. Dies solle ein Signal zur Verteidigung der europäischen Souveränität sein, ohne eine Eskalation zu provozieren. Abschließend bekräftigte er sein Ziel europäischer strategischer Autonomie und betonte Frankreichs Anspruch, glaubwürdig, verlässlich und stabilisierend zu bleiben.

Der Berufungsprozess gegen Marine Le Pen, den *Rassemblement National (RN)* und zehn weitere Angeklagte hat am 13. Januar 2026 in Paris begonnen und soll bis zum 11. Februar dauern. Le Pen war im März 2025 in erster Instanz zu vier Jahren Haft verurteilt worden, davon zwei unter Hausarrest mit elektronischer Überwachung. Zudem wurde eine Geldstrafe von 100.000 Euro sowie eine fünfjährige politische Unwählbarkeit verhängt. Ihr wird vorgeworfen, zwischen 2004 und 2016 EU-Mittel zur Bezahlung von Assistenten missbräuchlich verwendet zu haben. Das Ergebnis dieses Prozesses wird einen entscheidenden Einfluss auf ihre politische Zukunft haben, insbesondere auf ihre Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2027. Nach ihrer Verurteilung hat ihre Popularität bereits abgenommen, während ihr Parteikollege Jordan Bardella als möglicher Ersatzkandidat an Bedeutung gewonnen hat. Laut einem Barometer von Cluster 17 belegt Jordan Bardella im Januar 2026 den ersten Platz im Beliebtheitsranking der französischen Politiker, mit 38 % positiver Bewertungen, vor Marine Le Pen (38 %). Einer anderen Umfrage zufolge, durchgeführt von Elabe, bevorzugt eine Mehrheit der RN-Wähler (58 %) Jordan Bardella als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl, während 35 % von ihnen Marine Le Pen den Vorzug gibt. Le Pen bekräftigte, dass sie im Falle eines erfolgreichen Berufungsprozesses erneut für das Präsidentenamt kandidieren werde.

Die Unterstützung der Präsidentenpartei Renaissance für die Kandidatur um das Bürgermeisteramt von Louis Sarkozy, dem Sohn des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy, bei den Kommunalwahlen in Menton, hat für Spannungen innerhalb der Partei gesorgt. Auslöser waren Äußerungen Louis Sarkozys, in denen er erklärte, notfalls auch mit dem *Rassemblement National (RN)* und *Reconquête* zusammenarbeiten zu wollen. Die Parteiführung verlangte daraufhin eine klare Stellungnahme von Sarkozy und betonte, dass es keinerlei Zweideutigkeit gegenüber extremen Parteien geben dürfe. Louis Sarkozy stellte daraufhin klar, dass keine Allianz mit dem RN geplant sei und diese Partei im Wahlkampf zu seinen Hauptgegnern zähle. Sein Ziel sei es, Zentrum und gemäßigte Rechte zu vereinen, um die Kandidatin des RN zu besiegen. Louis Sarkozy ist parteilos, wird jedoch von LR, Horizons und Renaissance unterstützt. Er präsentiert sich als Kandidat der Erneuerung und der politischen Sammlung, um Menton gegen den Aufstieg der extremen Rechten zu verteidigen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Martin Ajdari, der Präsident der französischen Medienaufsichtsbehörde *Arcom*, warnt vor einer gravierenden Gefährdung des Medienpluralismus in Frankreich. In einer Rede am 15. Januar erklärte er, dass eine Schwächung der Medien zur Entstehung sogenannter „Informationswüsten“ führen könne. Diese begünstigten nicht nur den Verlust des Pluralismus, sondern auch die Radikalisierung von Meinungen, wie das jüngste Beispiel der USA zeige. Ajdari zufolge ist der Pluralismus ein zentraler Bestandteil der Meinungsfreiheit. Die *Arcom* setze sich deshalb für die Vielfalt der Informationsquellen und -formate ein und arbeite eng mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zusammen, um dessen Unparteilichkeit zu sichern und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Zudem kündigte Ajdari an, dass die Regeln zur Medienkonzentration ab 2026 modernisiert werden sollen. Die bisherigen Vorgaben spiegelten weder die reale Reichweite noch den gesamtmedialen Einfluss großer Mediengruppen wider. Künftig soll daher die „globale Aufmerksamkeit“ als neues Kriterium dienen. Abschließend unterstrich er die Notwendigkeit, traditionelle Medien finanziell zu unterstützen, da sie durch den Wettbewerb mit mächtigen digitalen Plattformen zunehmend unter Druck geraten.

DIE ZAHL DER WOCHE

-6.000

3									
	0		8		4		7		
		2		6		5			
5			3		1		2		
	4			9				6	
7		8			0				1
			2						
9									

Im Jahr 2025 verzeichnete Frankreich erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehr Todesfälle als Geburten. Laut dem am 13. Januar veröffentlichten demografischen Bericht des französischen Statistikamts *Insee* lag der natürliche Bevölkerungssaldo bei **-6.000**, wobei bereits 2024 ein negativer Saldo verzeichnet wurde. Der Rückgang ist vor allem auf die sinkende Geburtenzahl zurückzuführen. 2025 wurden in Frankreich 645.000 Kinder geboren, was einem Rückgang von 2,1 % gegenüber dem Vorjahr und von 24 % gegenüber dem Höchststand im Jahr 2010 entspricht. Der Geburtenindex sank auf 1,56 Kinder pro Frau, was den niedrigsten Wert seit dem Ende des Ersten Weltkriegs darstellt. Diese Entwicklung ist nicht auf eine geringere Zahl gebärfähiger Frauen zurückzuführen, sondern ausschließlich auf eine abnehmende Fertilität. Gleichzeitig stieg das Durchschnittsalter der Mütter bei der ersten Geburt auf 31,2 Jahre. Zugleich nahm die Zahl der Todesfälle zu: 651.000 Menschen starben im Jahr 2025. Trotz steigender Lebenserwartung altert die Bevölkerung stark, sodass sich die Zahl der über 65-jährigen der der unter 20-jährigen annähert. Dank eines positiven Wanderungssaldos wuchs die Bevölkerung dennoch leicht auf 69,1 Millionen.